

Gemeinde Eitorf  
DER BÜRGERMEISTER

**ANLAGE**  
**zu TO.-Pkt.**

interne Nummer **XII/0345/V**

Eitorf, den 16.01.2007

Amt 20.1 - Kämmerei

Sachbearbeiter/-in: Klaus Strack

\_\_\_\_\_  
Bürgermeister

i.V. \_\_\_\_\_  
Erster Beigeordneter

**VORLAGE**  
**- öffentlich -**

**Beratungsfolge**

Hauptausschuss 30.01.2007

**Tagesordnungspunkt:**

Entwurf der Haushaltssatzung 2007

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

**Begründung:**

## Entwurf der Haushaltssatzung 2007

Am 18.12.2006 wurde dem Rat der Gemeinde vom Bürgermeister der Entwurf der Haushaltssatzung 2007 zugeleitet. Der Entwurf schloss im Verwaltungshaushalt mit einem Fehlbedarf in Höhe von 2.941.930 Euro ab. Hierin enthalten ist eine seinerzeit absehbare Fehlbetragsabwicklung (9200.8920.9) aus 2006 in Höhe von 1,5 Mio. Euro.

Seit der Einbringung des Haushaltes 2007 haben sich einige neue Sachverhalte ergeben, die eine Überarbeitung des Haushaltsentwurfs notwendig machen werden:

### Krankenhaus

Wie mehrfach mitgeteilt, besteht die Kommunalaufsicht auf eine haushaltsmäßige Abwicklung des an das Sankt Franziskus Krankenhaus gewährten Kassenkredits. In der rechtlichen Würdigung des Sachverhaltes wurde zwischenzeitlich das Innenministerium eingeschaltet. Der Haushaltsentwurf 2007 ging noch davon aus, dass der Betrag im Verwaltungshaushalt 2006 abzuwickeln sei und dort ein entsprechend hoher Fehlbetrag entsteht, so zumindest das Ergebnis eines Besprechungstermins mit der Kommunalaufsicht. Nach telefonischer Auskunft der Bezirksregierung Köln wird dieses Besprechungsergebnis mittlerweile nicht mehr geteilt. Eine endgültige Entscheidung steht zwar noch aus, klar ist jedoch, dass der Verwaltungshaushalt 2006 mit diesen Betrag nicht belastet wurde.

## Abschluss 2006

Wie oben dargelegt, ging der Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2007 davon aus, dass in 2007 ein Fehlbetrag aus 2006 in Höhe von 1,5 Mio. Euro abgewickelt werden muss. Aus der vorgenannten Begründung heraus ergibt sich, dass dies nun nicht der Fall ist.

Ferner erfolgten noch im Dezember 2006 weitere Zugänge an Gewerbesteuer. Beide Faktoren gemeinsam bewirken, dass der Verwaltungshaushalt 2006 aller Voraussicht nach mit einem Überschuss in Höhe von rund 1,3 Mio. Euro abschließen wird. Dieser Betrag wird der Allgemeinen Rücklage zuzuführen sein. Damit sind derzeit alle Fehlbeträge aus Vorjahren abgebaut

## Gewerbesteuer 2007

Nachdem bis in den Spätherbst hinein sämtliche Gewerbesteuermehreinnahmen keinerlei Auswirkungen auf das Jahr 2007 hatten (Nachveranlagung für Altjahre), änderte sich dies im Dezember 2006. In nennenswertem Umfang wurden auch die Vorauszahlungen für 2007 angepasst. Dies führt nun dazu, dass der Ansatz in 2007 von bislang 4 Mio. Euro, auf 4,5 Mio. Euro angehoben werden kann; ggf. sogar noch etwas höher. Zu berücksichtigen ist, dass die Gewerbesteuereinnahmen der Gewerbesteuerumlage unterliegen und diese Einnahmen zu etwa 53 % durch die Kreisumlage abgeschöpft werden, bzw. Bestandteil des Finanzausgleichssystems sind.

## Neue Finanzplanung 2007 - 2013

Seitens der Kämmerei wurde im Januar 2007 die bisher vorgelegte Finanzplanung bis 2013 überarbeitet. Sie wird als Anlage beigefügt. Danach ist mit Stand 16.01.2007 zum Haushalt 2007 festzustellen:

- Unter Berücksichtigung einer Entnahme aus der Allgemeine Rücklage in Höhe von 955.836 Euro aus dem Überschuss des Jahres 2006, kann der **Verwaltungshaushalt 2007 ausgeglichen** werden.
- Der bislang im Planungsjahr 2008 ausgewiesene Fehlbedarf in Höhe von 6.310.632 Euro, reduziert sich auf 2.730.883 Euro, unter Berücksichtigung einer weiteren Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage (Restüberschuss 2006) in Höhe von 344.164 Euro.
- Die beiden Planungsjahre **2007 und 2008** sind durch die erwähnten Rücklagenentnahmen **strukturell nicht ausgeglichen**.
- Der **strukturelle Haushaltsausgleich** ist nach wie vor erst im Jahr **2009** darstellbar. Hintergrund sind die hohen Ausfälle an Schlüsselzuweisungen in 2008, aufgrund der hohen Gewerbesteuereinnahmen in 2006.
- Bislang konnte bis 2013 der **Abbau aller Altfehlbeträge** nicht dargestellt werden. Der Sachverhalt stellt sich nun wie folgt dar:
  1. Mit dem Jahresabschluss 2006 sind zunächst alle Altfehlbeträge abgebaut.
  2. Der Haushalt 2008 wird einen neuen Fehlbetrag in Höhe von 2.730.883 Euro produzieren.
  3. Dieser Fehlbetrag aus 2008 kann bis zum Jahre **2012** abgebaut werden

## Vermögenshaushalt 2007 ff.

Änderungen in den Vermögenshaushalten 2007 - 2013 ergeben sich aus heutiger Sicht nicht, vorbehaltlich der Beratung in den Gremien und der Beschlussfassung durch den Rat.

## Rechtliche Würdigung in Absprache mit der Kommunalaufsicht

Der oben beschriebene Sachverhalt wurde zwischenzeitlich mit der Kommunalaufsicht erörtert und die Frage geklärt, inwieweit ein Haushalt der Gemeinde Eitorf, der

- in 2007 im Entwurf ausgeglichen ist,
- einen strukturellen Ausgleich in 2009 ausweist und
- in 2012 den Abbau aller Defizite nachweist, genehmigungsfähig sein würde.

## **Das Gespräch in Siegburg hatte zum Ergebnis, dass der oben beschriebene ausgeglichene Haushaltsentwurf 2007 nicht genehmigungsfähig bleibt!!!**

Hintergrund sind die Genehmigungskriterien der Bezirksregierung Köln vom 3.6.2003. Danach bleibt eine Gemeinde solange im nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept, wie sie die Ursprungsziele nicht erreichen kann. Das Ursprungsziel des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Eitorf aus 2004 besagte

- eine Wiedererlangung des strukturellen Haushaltsausgleichs in 2008 und
- einen Abbau aller Fehlbeträge in 2013.

Da der strukturelle Ausgleich erst in 2009 anstatt in 2008 erreicht wird, wird es keine Genehmigung geben. Auch wird nicht akzeptiert, dass Eitorf ggf. die Wiedererlangung des strukturellen Ausgleichs um ein Jahr verschieben würde, was ein neues Haushaltssicherungskonzept bedeuten würde. Dem stehen ebenfalls die Vorgaben der Bezirksregierung entgegen. Ein solche Verschiebung würde erst anerkannt, wenn eine Kommune mindestens zwei Jahre in der vorläufigen Haushaltsführung verbracht hat (nicht genehmigungsfähiges HSK), also zum Haushalt 2008.

### **Weiteres Vorgehen**

Die Verwaltung sieht aus jetziger Sicht keine realistische Chance den geforderten strukturellen Ausgleich in 2008 darzustellen. Dem steht die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs entgegen. Die in Rede stehende Summe beträgt 3.075.047 Euro. Diese Summe einzusparen ist binnen zweier Jahre kaum möglich.

Da die oben geschilderten Änderungen so gravierend sind, sollten sie in den Haushalt 2007 aufgenommen werden. Insofern wird seitens der Verwaltung ein geänderter Haushaltsentwurf vorzulegen sein. Da aber seitens der Bezirksregierung die Entscheidung zur Handhabung des Kassenkredites an das Sankt Franziskus Krankenhaus noch aussteht, und diese weitere erhebliche Änderungen im Haushalt verursachen könnte, wird die Verwaltung diese Entscheidung abwarten und die Gremien anschließend sofort informieren. Nach telefonischer Auskunft ist mit einer Entscheidung im Februar zu rechnen. Zur Beratung und ggf. Beschlussfassung durch den Rat wird dann spätestens der geänderte Haushaltsentwurf vorliegen.

<b>Anlage(n)</b>
------------------

Überarbeiteter Finanzplan 2007 - 2013